

Sitzungsvorlage	Vorlage- Nr: VO/2015/1971-20
Federführend: 20 Kämmereiamt	Status: öffentlich
Beteiligt: 10 Bürgermeisteramt	Aktenzeichen: Datum: 05.11.2015 Referent: Bertram Felix
Einzelplan 9 des Vermögenshaushaltes 2016	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
	Zuständigkeit
09.12.2015	Finanzsenat
16.12.2015	Stadtrat der Stadt Bamberg
	Empfehlung
	Entscheidung

I. Sitzungsvortrag:

Auf die in der Sitzung des Stadtrates am 18.11.2015 übergebenen Unterlagen, eventuelle Anträge der Fraktionen zum Haushaltsplan 2016 sowie die Zusammenstellung der Anträge und Mittelanforderungen für das Haushaltsjahr 2016, die nach Aufstellung des Haushaltsplanes der Stadt eingegangen sind („Nachschiebeliste“), wird verwiesen.

Es liegt eine Anfrage der FW-Fraktion vom 30.09.2015 zur Leistungsfähigkeit des „Konzerns Stadt Bamberg“ vor. Der Sachstandsbericht des Finanzreferenten ist in der Anlage beigefügt.

II. Beschlussantrag:

Der Finanzsenat empfiehlt dem Stadtrat folgende Beschlussfassung:

1. Dem Entwurf des Einzelplanes 9 des Vermögenshaushaltes 2016 wird unter Berücksichtigung der Beschlüsse über die Anträge der Fraktionen sowie über die „Nachschiebeliste“ der Verwaltung zugestimmt.
2. Soweit darüber hinaus Empfehlungen von Fachsenaten vorliegen, kann eine Mittelbereitstellung aufgrund der Haushaltskonsolidierung bzw. der finanziellen Lage der Stadt Bamberg nicht erfolgen.
3. Die Anfrage der FW-Fraktion vom 30.09.2015 ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.

Verteiler:

Amt 20 zur Haushaltsakte 2016
Amt 20 - Beschlüsse -

Anlage:

Sachstandsbericht mit 2 Beilagen

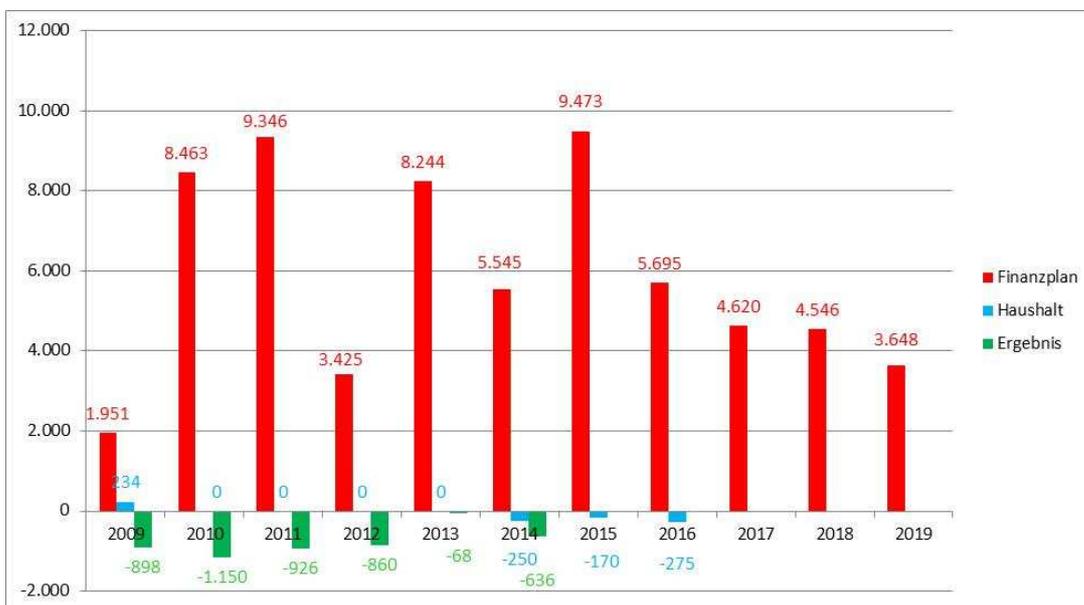
**Anlage zur Sitzungsvorlage VO/2015/1971-20;
Anfrage der FW-Fraktion vom 30.09.2015**

Zur Anfrage der FW-Fraktion vom 30.09.2015 wird folgender Sachstandsbericht vorgelegt:

1. Gesamtübersicht zu Schulden und Rücklagen

Hinsichtlich der Entwicklung der Schulden und Rücklagen im „Konzern Stadt Bamberg“ wird auf die Beilage 1 verwiesen.

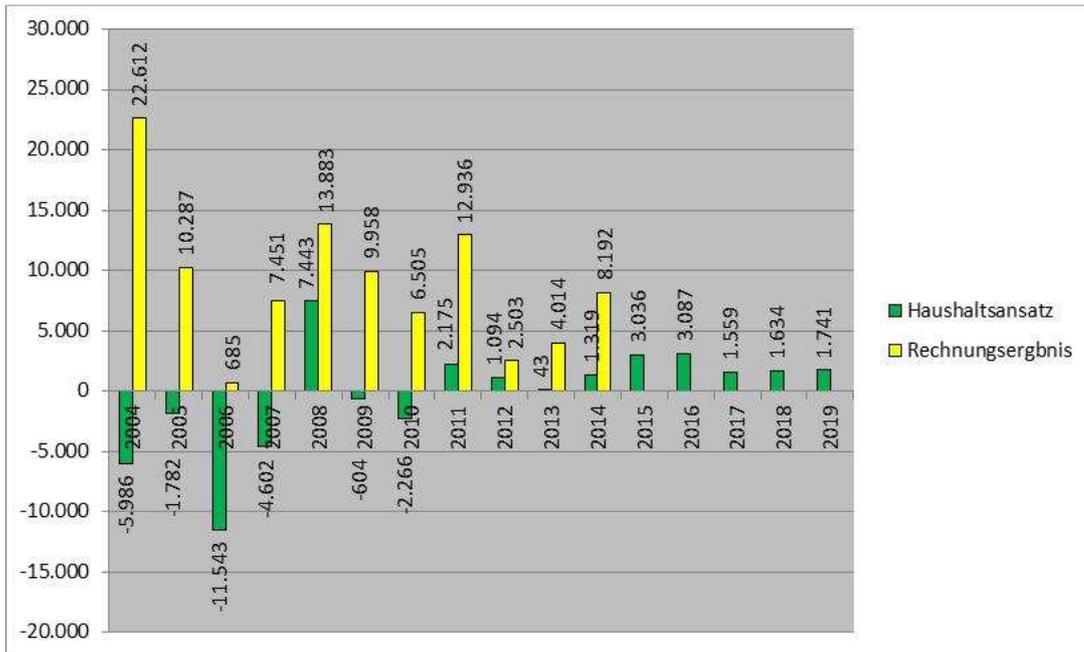
Die nachfolgende Grafik zeigt, dass durch eine konsequente Haushaltspolitik ausgeglichene Haushalte aufgestellt werden konnten, obwohl im jeweiligen Finanzplan für das entsprechende Haushaltsjahr noch neue Schulden vorgesehen waren.



Die Schuldenaufnahme für den Erwerb der Konversionsimmobilien steht zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht fest, da der Zeitpunkt und insbesondere der Kaufpreis noch nicht bekannt sind.

2. Zuführungsbetrag und freie Spanne

Die im Antrag genannte Übersicht aus dem Genehmigungsschreiben der Regierung wurde fortgeschrieben und um das Rechnungsergebnis 2014 ergänzt. Ein Vergleich zwischen dem Haushaltsansatz und dem Rechnungsergebnis für die Jahre 2015 ff. ist nicht möglich, weil das jeweilige Rechnungsergebnis zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht feststeht.



Die freie Spanne liegt in den Jahren 2017 bis 2019 zwischen 101 T€ und 283 T€. Diese wird somit über den Schuldendienst hinaus „erwirtschaftet“ und nimmt im Zeitverlauf sogar zu.

Ausgabearten	2015 T€	2016 T€	2017 T€	2018 T€	2019 T€
Tilgung	3.021	2.988	2.686	3.038	3.353
abzgl. außerordentliche Tilgung	170	275	0	0	0
zzgl. Restkaufgelder	200	200	200	200	200
Ordentliche Tilgung (Mindestpflichtzuführung)	3.051	2.913	2.886	3.238	3.553
Zuführung zum Vermögenshaushalt	3.276	2.932	3.007	3.434	3.856
abzüglich ordentliche Tilgung	3.051	2.913	2.886	3.238	3.553
ergibt	225	19	121	196	303
abzüglich					
Rückführung an den Verwaltungshaushalt	100	0	0	0	0
Kostenanteile für Investitionen	19	19	19	19	19
Freie Spanne	105	0	101	176	283

3. Dauerhafte Leistungsfähigkeit des Konzerns Stadt Bamberg

3.1 Vorbemerkung

Es wird darauf hingewiesen, dass im Folgenden lediglich ein Sachstandsbericht zu den Beteiligungsunternehmen vorgelegt wird. Die Verantwortung liegt jedoch nicht beim Finanzreferenten der Stadt Bamberg, sondern bei den jeweiligen Geschäftsführern, Vorständen und Aufsichtsgremien.

Zur Thematik der dauerhaften Leistungsfähigkeit der Beteiligungsunternehmen der Stadt Bamberg wurde bereits in den Sitzungen des Finanzsenates am 25.06.2013 sowie am 22.10.2013 ausführlich berichtet. Zur Beantwortung der aktuellen Anfrage wird daher auf die in den vorgenannten Finanzsenatssitzungen dargestellte Analyse zurückgegriffen und diese entsprechend angepasst bzw. aktualisiert.

Grundsätzlich ist in diesem Zusammenhang zunächst darauf hinzuweisen, dass die städtischen Tochterunternehmen, auch nach der Ausgliederung aus der Kernverwaltung, kommunale Aufgaben der Daseinsvorsorge erfüllen. Dies ergibt sich bereits aus der Bayerischen Gemeindeordnung, welche in Art. 87 Abs. 1 regelt, dass die Gemeinde ein Unternehmen in privater Rechtsform nur errichten darf, wenn ein öffentlicher Zweck dies erfordert, insbesondere wenn die Gemeinde mit ihm gesetzliche Verpflichtungen oder ihre Aufgaben erfüllen möchte. Konkret sind die von den Beteiligungen zu übernehmenden Aufgaben in den jeweiligen Satzungen geregelt.

Obwohl sowohl die Kernverwaltung als auch die Tochterunternehmen städtische Aufgaben erfüllen, sind die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hierfür unterschiedlich. In Bezug auf die hier zu analysierenden Daten ist v.a. von Bedeutung, dass die städtischen Unternehmen aufgrund der Bindung an das Handelsgesetzbuch in der Systematik der doppelten Buchführung (Doppik) arbeiten, die Stadt jedoch im System der Kameralistik. Ein konsolidierter Gesamtabschluss, welcher die entsprechenden Daten für den „Konzern Stadt“ als Ganzes liefern würde, liegt nicht vor. Diese Tatsache erschwert die hier durchzuführenden Analysen, sowohl in der Ermittlung als auch in der Vergleichbarkeit der Daten. Daher ist es zunächst erforderlich, eine Reihe von Abgrenzungen zu treffen und die entsprechenden Begrifflichkeiten zu definieren.

3.2 Definitionen und Abgrenzungen

3.2.1 Abgrenzung „Konzern Stadt Bamberg“

Da die Stadt Bamberg über eine Vielzahl von Beteiligungen verfügt, die teilweise kein nennenswertes Vermögen bzw. nur geringen Einfluss auf das Gesamtbild besitzen, ist im Hinblick auf die vorzunehmende Analyse eine Auswahl notwendig. Diese Auswahl wird anhand der Bedeutung der Unternehmen für die Stadt Bamberg im Sinne dieser Analyse, d.h. hauptsächlich anhand des Vermögens bzw. der Verschuldung der jeweiligen Beteiligung getroffen. Zweckmäßigerweise sollen daher grundsätzlich die Mehrheitsbeteiligungen der Stadt Bamberg in privater Rechtsform (Gesellschaftsanteil > 50%), der Entsorgungs- und Baubetrieb als Eigenbetrieb der Stadt Bamberg sowie die Sozialstiftung Bamberg betrachtet werden.

Im Einzelnen werden somit einbezogen:

- Konzern Stadtwerke Bamberg (STWB als Holding sowie die vollkonsolidierten Tochterunternehmen, d.h. die STEW, STVP, STB, STED, STBus, STNB, STEE, STBS; darüber hinaus die Fernwärme Bamberg GmbH bis 2011 mit einem Anteil von 50%, ab 2012 zu 100%)
- Konzern Sozialstiftung Bamberg (Sozialstiftung als Holding sowie die vollkonsolidierten Tochterunternehmen Service GmbH, Klinik Dr. Schellerer GmbH, MVZ Dr. Schellerer GmbH, MVZ am Bruderwald GmbH, saludis GmbH, Bamberger Akademie für Gesundheitsberufe GmbH, Energiemanagement GmbH, NeuroNetz GmbH; darüber hinaus die Bamberger Bildungszentrum für Altenhilfe GmbH zu 49% sowie die MVZ Bamberg/Forchheim GmbH zu 25%. Die beiden letztgenannten Gesellschaften wären gemäß obiger Definition eigentlich nicht in die Analyse einzubeziehen, da es sich nicht um Mehrheitsbeteiligungen handelt. Jedoch wäre der Aufwand unverhältnismäßig hoch, den Konzernabschluss der SSB um diese beiden Gesellschaften zu bereinigen.)
- Entsorgungs- und Baubetrieb der Stadt Bamberg
- Stadtbau GmbH Bamberg
- Bamberg Arena GmbH

Die folgenden Gesellschaften sind zwar Mehrheitsbeteiligungen, doch handelt es sich in der Regel um reine Betriebsgesellschaften ohne nennenswertes eigenes Vermögen bzw. es bestehen keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten oder fremden Dritten, also keine Verschuldung im Sinne dieser Analyse, so dass diese nicht in die weitergehende Betrachtung einbezogen wurden:

- BGS - Bamberger Gesellschaft für Stadtentwicklung und Immobilienbetreuung GmbH
- Bamberg Congress + Event GmbH (BCE)
- Bamberg Congress + Event Service GmbH (BSG)
- BAB Bamberg Arena Betriebsgesellschaft mbH
- Landesgartenschau Bamberg 2012 GmbH i.L.

Unberücksichtigt bleiben somit die städtischen Minderheitsbeteiligungen ohne beherrschenden

städtischen Einfluss, da es sich hierbei in der Regel um kleine Gesellschaften ohne nennenswertes Vermögen bzw. Schulden handelt, so dass diese im Hinblick auf das Gesamtbild vernachlässigbar sind.

3.2.2 Abgrenzung der Begriffe „Schulden“ und „Rücklagen“

Beantragt wird im Schreiben der FW-Fraktion ein Überblick über die „Schulden“ und die „Rücklagen“ des Konzerns Stadt Bamberg. Diese Begrifflichkeiten aus der Kameralistik sind vor der Durchführung der Analyse zunächst im Sinne der handelsrechtlichen Definitionen abzugrenzen, da eine Analyse für die Unternehmen in privater Rechtsform ausschließlich anhand der handelsrechtlichen Abschlüsse erfolgen kann.

Unter „Schulden“ werden hier Verbindlichkeiten gegenüber fremden Dritten verstanden, hauptsächlich also gegenüber Kreditinstituten. Demgegenüber stellen Verbindlichkeiten eines städtischen Beteiligungsunternehmens gegenüber der Stadt als Gesellschafter oder gegenüber anderen städtischen Unternehmen keine Schulden im Sinne dieser Analyse dar, da in der Anfrage ausdrücklich auf die „Konzernsicht“ abgestellt wird. Letztgenannte Verbindlichkeiten stellen demnach „interne“ Verbindlichkeiten dar und wären bei der Erstellung eines konsolidierten Konzernabschlusses gegeneinander aufzurechnen. Darüber hinaus bleiben auch die Bilanzpositionen „Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“ sowie „Erhaltene Anzahlungen“ unberücksichtigt, da diese keine langfristige Verschuldung darstellen, sondern lediglich teilweise vollzogene Liefer- und Leistungsbeziehungen zum jeweiligen Stichtag 31.12. abgrenzen.

Unter „Rücklagen“ wird zunächst das Eigenkapital eines Unternehmens (Gezeichnetes Kapital, Kapitalrücklage, Gewinnrücklage, Gewinnvortrag usw.) verstanden. Darüber hinaus werden die Rückstellungen addiert, da diese gebildet wurden, um Aufwendungen in der Zukunft auszugleichen und der entsprechende Betrag bereits das Unternehmensergebnis vergangener Jahre reduziert hat.

Aufgrund einer Änderung der Bilanzierungspraxis der STWB im Jahre 2014 musste gegenüber der entsprechenden Analyse aus dem Jahr 2013 eine Anpassung in Bezug auf die Sonderposten aus Zuschüssen vorgenommen werden. Diese werden gebildet, wenn ein fremder Dritter einen Zuschuss für die Erstellung von Infrastruktur leistet. Diese Zuschüsse wurden bis zum Jahre 2013 in der Bilanz der STWB als Sonderposten passiviert. Jedoch werden seit dem Jahresabschluss 2014 in der Bilanz der Stadtwerke keine Sonderposten aus Zuschüssen mehr ausgewiesen, sondern diese mit dem entsprechenden Anlagevermögen saldiert. Die entsprechende Verrechnung wurde rückwirkend durchgeführt, also auch für alle Zuschüsse aus Vorjahren vorgenommen. Dies führt zu einer Bilanzverkürzung (Verminderung der Bilanzsumme), da sich durch diesen Effekt das Anlagevermögen rein buchmäßig reduziert. In der Analyse zur Vermögenslage der Stadt Bamberg aus dem Jahre 2013 wurden zu den Rücklagen auch die Sonderposten aus Zuschüssen gezählt und bzgl. des Sachanlagevermögens kein Abzug dieser Sonderposten vorgenommen. Um für die vorliegende Analyse Werte zu ermitteln, welche einen Vergleich zwischen den Unternehmen sowie eine Summenbildung ermöglichen, wurden die entsprechenden Kennzahlen auch für die Jahre vor 2014 ohne Berücksichtigung bzw. unter Abzug der Sonderposten für Zuschüsse ermittelt. Um zusätzlich auch eine Vergleichbarkeit mit der Analyse aus dem Jahre 2013 herzustellen, wurden die nach der vorherigen Systematik ermittelten Werte - soweit möglich - in der Anlage ebenfalls dargestellt. In der hier zu schildernden Analyse wird jedoch, der besseren Übersichtlichkeit halber, lediglich auf die Kennzahlen ohne Berücksichtigung bzw. unter Abzug der Sonderposten für Zuschüsse abgestellt.

3.2.3 Zeitliche Abgrenzung und Hinweise zu den Quellen

Für die Jahre 2010 bis 2014 liegen die testierten Jahresabschlüsse der Beteiligungsunternehmen vor, so dass auf diese zurückgegriffen werden konnte.

Die Werte für die Jahre 2015ff. wurden der Wirtschaftsplanung entnommen. Hierbei ist zu beachten, dass bei der Fortschreibung der Zeitreihe - über die Ist-Werte der Jahre bis 2014 hinaus - zwangsläufig ein Bruch entsteht. Im Rahmen der Wirtschaftsplanung werden die Unternehmen durch die entsprechenden Aufsichtsratsbeschlüsse zu Darlehensaufnahmen in einem bestimmten Rahmen ermächtigt. Die entsprechenden Werte stellen somit lediglich eine Obergrenze dar, die nicht zwangsläufig ausgeschöpft wird und auch in der Vergangenheit in der Regel nicht ausgeschöpft wurde. Die angegebenen Werte für die Jahre 2015ff. bilden daher nicht notwendigerweise die tatsächlich zu erwartenden Entwicklungen ab, sondern sind lediglich als

potentielle Entwicklungen im Sinne einer Obergrenze für die Verbindlichkeiten bei maximaler Ausschöpfung des beschlossenen Kreditrahmens zu sehen.

Im Folgenden werden die Ergebnisse jeweils auf Ebene der einzelnen Unternehmen und auf Konzernebene (im Sinne obiger Definition) dargestellt. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Konzernwerte durch Summenbildung der Einzelwerte der Unternehmen ermittelt wurden. Dies stellt keinen konsolidierten Konzernabschluss im Sinne der handelsrechtlichen Definition dar. Hierfür wäre eine Bereinigung um die Beziehungen zwischen den einzelnen Konzernunternehmen erforderlich gewesen, was einen unverhältnismäßigen Aufwand verursacht hätte.

Bezüglich der Fortschreibung der Zeitreihe über das Jahr 2014 hinaus ist auf folgendes hinzuweisen: Die Werte für die Jahre 2015ff. wurden der Wirtschaftsplanung 2015 entnommen, da zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Analyse noch keine genehmigte Wirtschaftsplanung 2016 für alle Unternehmen vorlag. Darüber hinaus haben die Unternehmen unterschiedliche Planungshorizonte: Nicht für alle Beteiligungsunternehmen liegt die geplante Kreditaufnahme bis zum Jahre 2019 vor. Bzgl. der hier betrachteten Unternehmen verfügt auf Basis der Wirtschaftsplanung 2015 nur die STWB über Planwerte bis zum Jahre 2019. Die Zeitreihe des EBB reicht bis 2018; die übrigen Unternehmen planen die Darlehensaufnahmen lediglich für das jeweils anstehende Jahr, im vorliegenden Falle also 2015.

Daher wurden zwei Gruppen von Beteiligungen gebildet:

- In der ersten Gruppe befinden sich alle Unternehmen, so dass die entsprechende Zeitreihe nur bis 2015 fortgeführt werden konnte.
- In der zweiten Gruppe befinden sich diejenigen Unternehmen, für welche die entsprechenden Werte bis zum Jahr 2018 vorliegen (Stadtwerke und EBB).

Außerdem ist einschränkend zu berücksichtigen, dass von den Unternehmen keine Planbilanzen erstellt werden. Daher liegen die Werte, welche für die im Folgenden zu analysierenden Kennzahlen erforderlich sind (Sachanlagevermögen und Rücklagen) nur bis 2014 vor. Gleiches gilt für die Cash-Flow-Rechnung. Lediglich die absolute Höhe der Verbindlichkeiten konnte für die Planjahre angegeben werden.

3.3 Entwicklung der Vermögens- und Finanzlage

3.3.1 Definition der Kennzahlen

a) Kennzahlen zur Entwicklung der Vermögenslage

Zusätzliche Analysemöglichkeiten ergeben sich, wenn in die Betrachtung die Entwicklung des Anlagevermögens einbezogen wird. Zur Analyse der Vermögenslage können dann folgende Kennzahlen gebildet werden:

- Kennzahl 1 (Verbindlichkeiten : Sachanlagevermögen):

Das Verhältnis der Verbindlichkeiten zum Sachanlagevermögen gibt an, zu welchem Grad das Sachanlagevermögen durch Verbindlichkeiten belastet bzw. gebunden ist. Dies könnte als „Verschuldungsgrad“ bezeichnet werden. Hierbei ist zu beachten, dass dieser Wert eine rein rechnerische Größe darstellt, welche unabhängig von der tatsächlichen Belastung im Sinne von Grundschulden o.ä. ist.

- Kennzahl 2 (Rücklagen : (Rücklagen + Verbindlichkeiten)):

Hierbei wird das Verhältnis der Rücklagen in Bezug auf die Summe aus Rücklagen und Verbindlichkeiten dargestellt, so dass sich die „Rücklagenquote“ ergibt. Sie gibt den Anteil der Rücklagen an der Summe aus Rücklagen und Verbindlichkeiten an und ist analog zur Eigenkapitalquote zu interpretieren, welche den Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme eines Unternehmens darstellt.

b) Kennzahlen zur Entwicklung der Finanzlage

In Ziffer 3. der FW-Anfrage wird zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit der städtischen Beteiligungsunternehmen auf die „bereinigten Zahlungsergebnisse“ Bezug genommen. Dies entspricht in der handelsrechtlichen Systematik einer Kapitalflussrechnung (Cash-Flow-Rechnung). Wie bereits oben angesprochen, liegt kein konsolidierter Gesamtabschluss für den Konzern Stadt Bamberg vor. Die hier zu analysierenden Cash-Flow-Kennzahlen können daher lediglich auf Ebene der einzelnen Unternehmen betrachtet werden:

- Kapitalflussrechnung nach DRS2 bzw. DRS21(d.h. nach den Grundsätzen des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 2 bzw. 21), gegliedert in Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit, Cash Flow aus Investitionstätigkeit und Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit
- Dynamischer Verschuldungsgrad = Verbindlichkeiten : Cash Flow

Zur Ermittlung des dynamischen Verschuldungsgrades wurden die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie der Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit (s.o.) herangezogen.

Für die Beteiligungsunternehmen liegt keine Planrechnung in Bezug auf die Cash-Flow-Kennzahlen vor. Daher können hier nur Vergangenheitswerte ermittelt werden. Bzgl. der zukünftigen Entwicklung ist in den Wirtschaftsplänen der Unternehmen die Tragfähigkeit der geplanten Investitionen jeweils nachgewiesen.

Die Daten wurden grundsätzlich den jeweiligen Prüfungsberichten der Beteiligungsunternehmen entnommen. Insgesamt ist hier zu berücksichtigen, dass die Bilanzdaten, auf deren Basis die folgenden Kennzahlen ermittelt wurden, Vergangenheitsdaten zum Stichtag 31.12. darstellen. Insofern lässt sich aus diesen Daten nicht unmittelbar auf die kurzfristige Liquiditätssituation eines Unternehmens schließen, welche über ein entsprechendes Liquiditätsmanagement tagesaktuell zu steuern ist.

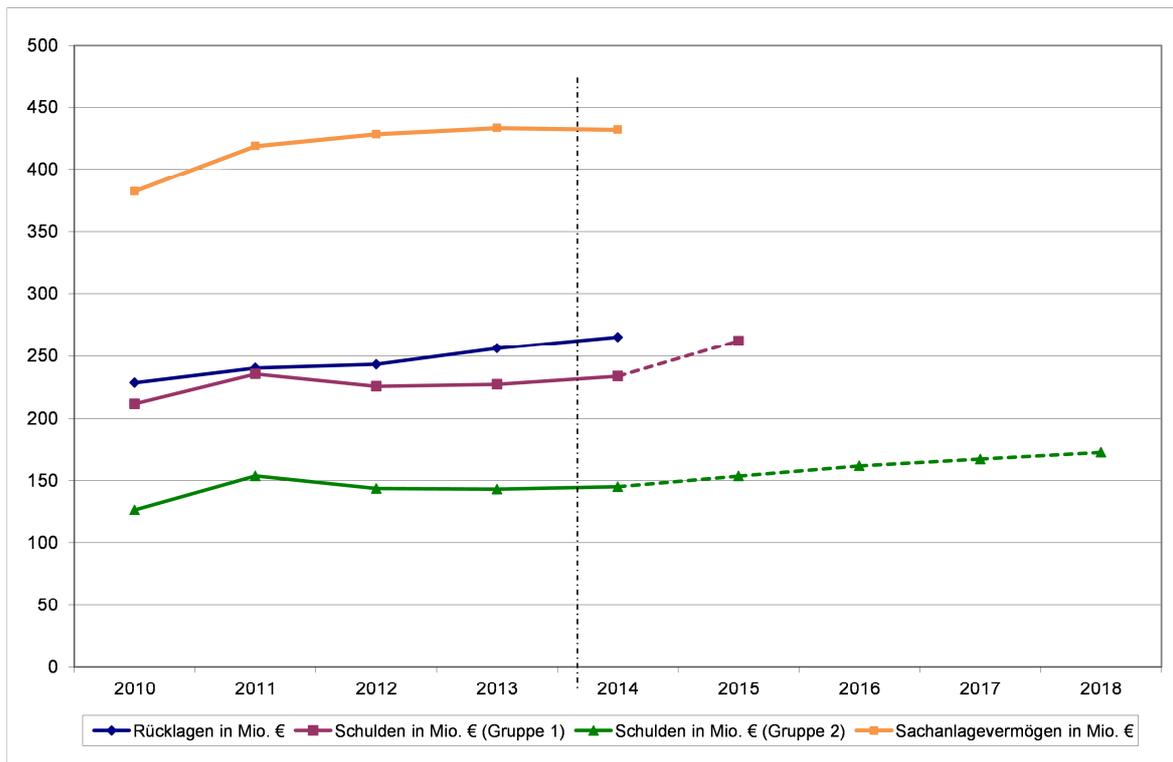
- Cash Flow: Zahlungsmittelüberschuss, d.h. Überschuss der Einzahlungen gegenüber den Auszahlungen innerhalb einer Periode. Der Cash Flow dient als Indikator für die Innenfinanzierungskraft eines Unternehmens. Die Innenfinanzierungsmittel stehen grundsätzlich zur Einlösung von Verbindlichkeiten, zur Schuldentilgung und zur Tüftung neuer Investitionen zur Verfügung. Hierbei ist zu beachten, dass die Cash Flows aus der laufenden Geschäftstätigkeit in der Regel positiv sind, da es sich um Zahlungsmittelzuflüsse handelt, während die Cash Flows aus der Investitionstätigkeit in der Regel negativ sind, da es sich um Zahlungsmittelabflüsse handelt.
- Dynamischer Verschuldungsgrad: Dieser gibt an, wie lange es dauern würde, bis die Verbindlichkeiten durch den erwirtschafteten Cash Flow zurückgeföhrt werden können (Schuldentilgungsdauer in Jahren). Hierbei ist zu berücksichtigen, dass es sich dabei um einen rein rechnerischen Wert handelt, der unabhängig von den tatsächlichen Finanzierungsmodalitäten und den entsprechenden Tilgungsverpflichtungen eines Unternehmens ist. Die Kennzahl unterstellt, dass die Cash Flows in der Zukunft konstant bleiben und keine Neuaufnahme von Krediten erfolgt. Die ermittelten Werte können, auch bei nahezu unveränderter Verschuldung, von Jahr zu Jahr stark schwanken, je nach Schwankung des Cash Flows.

Bei der Interpretation der Werte ist zu berücksichtigen, dass die hier betrachteten Kennzahlen zur Analyse privater bzw. kapitalmarktorientierter Unternehmen entwickelt wurden. Für die kommunalen Unternehmen können sie daher zur Beurteilung der Liquiditätsslage nur eingeschränkt verwendet werden. Zweck privater Unternehmen ist im Regelfall die Gewinnmaximierung, Zweck der städtischen Unternehmen ist dagegen die öffentliche Aufgabenerfüllung. Eine reine Gewinnerzielungsabsicht ist den öffentlichen Unternehmen sogar ausdrücklich untersagt. Außerdem wird die Interpretation der Werte der Beteiligungsunternehmen durch die Tatsache erschwert, dass es sich um Unternehmen verschiedener Branchen handelt, so dass die Vergleichbarkeit zwischen den Unternehmen eingeschränkt ist.

Abschließend ist anzumerken, dass die Beteiligungsunternehmen in der Vergangenheit ihre Zahlungsverpflichtungen selbstverständlich fristgerecht erfüllt haben und somit deren Liquidität gesichert war. Dies ergibt sich alleine schon aus dem Vorliegen testierter Jahresabschlüsse und der Tatsache, dass andernfalls Insolvenz hätte angemeldet werden müssen. Für die Zukunft ist die Liquidität bzw. die Finanzierbarkeit der geplanten Projekte jeweils aus den beschlossenen Wirtschaftsplänen ersichtlich.

3.3.2 Summe der Beteiligungsunternehmen

a) Entwicklung von Schulden, Rücklagen und Anlagevermögen (absolute Werte)



[Hinweis: Änderung der Bilanzierung der Zuschüsse (passivierter Sonderposten) bei der STWB im Jahr 2014]

Die Rücklagen des Konzerns (als Summe der Beteiligungsunternehmen im Sinne obiger Definition) sind kontinuierlich angestiegen, und zwar von ca. 229 Mio. € im Jahr 2010 auf ca. 265 Mio. € im Jahr 2014. Für den Betrachtungszeitraum 2010 bis 2014 bedeutet dies einen Anstieg um ca. 16%.

Die Schulden des Konzerns Stadt Bamberg haben sich im Vergleich zu den Rücklagen unterproportional entwickelt.

Zur Fortführung der Zeitreihe bis zum Jahr 2018 enthält die Summe der zweiten Gruppe die Werte der Stadtwerke und des EBB. Diese Zeitreihe zeigt eine ähnliche Entwicklung wie die der ersten Gruppe.

Diesbezüglich ist nochmals darauf hinzuweisen, dass die Werte für die Jahre 2015ff. der Wirtschaftsplanung entnommen wurden, so dass bei der Fortschreibung der Zeitreihe - über die Ist-Werte der Jahre bis 2014 hinaus - zwangsläufig ein Bruch entsteht. Die entsprechenden Werte stellen somit lediglich eine Obergrenze dar und bilden nicht notwendigerweise die tatsächlich zu erwartende Entwicklung ab. In der Vergangenheit wurden die genehmigten Kreditrahmen in der Regel nicht ausgeschöpft, so dass sich der tatsächliche Schuldenstand unterhalb des genehmigten Niveaus der Planzahlen bewegte.

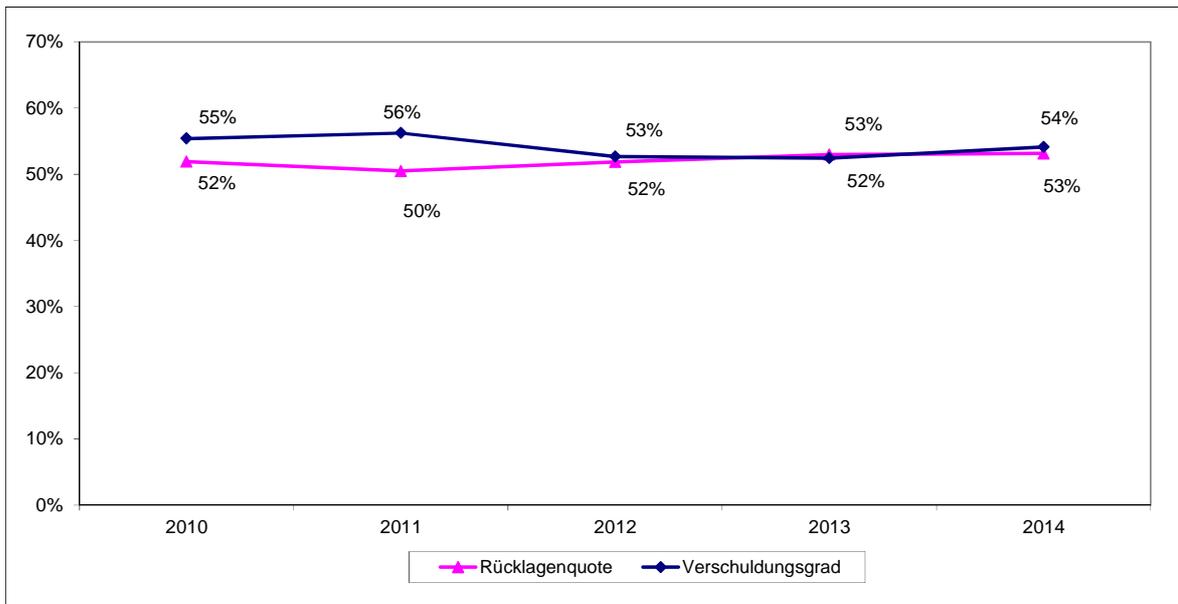
Der Schuldenstand auf Basis der mittelfristigen Finanzplanung trat in der Vergangenheit in der Regel nicht im prognostizierten Umfang ein, d.h. die Prognosen aus der Finanzplanung und den Wirtschaftsplänen bzgl. der Kreditaufnahme wurden regelmäßig unterschritten.

Das Sachanlagevermögen (ohne die Sonderposten für Zuschüsse) ist von ca. 382 Mio. € in 2010 auf ca. 432 Mio. € in 2014 angestiegen. Da die geplante Kreditaufnahme in den Folgejahren der Finanzierung von Investitionen dient, ist davon auszugehen, dass auch das Sachanlagevermögen entsprechend der Entwicklung der Verbindlichkeiten in Zukunft ansteigen wird.

Die Ergebnisse im Einzelnen finden sich in der Beilage 1.

b) Entwicklung der Kennzahlen zur Vermögenslage

Bezogen auf die Summe der betrachteten Beteiligungsunternehmen zeigt sich folgende Entwicklung (jeweils gerundete Werte) der Kennzahlen zur Vermögenslage:



Kennzahl 1 (Verschuldungsgrad) ist von 55% im Jahre 2010 nach einer vorübergehenden Steigerung auf 56% im Jahre 2011 auf 52% im Jahre 2013 zurückgegangen. Im Jahr 2014 stieg der Wert leicht auf 54% an. Dies bedeutet, dass sich die Verschuldung des Konzerns Stadt Bamberg im Vergleich zum Sachanlagevermögen in 2014 auf einem niedrigeren Stand als 2010 befand.

Kennzahl 2 (Rücklagenquote) ist von 52% im Jahre 2010 auf 50% in 2011 zurückgegangen. Danach stieg die Quote auf zuletzt 53% im Jahre 2014 an. Somit hat sich die „Rücklagenquote“ des Konzerns Stadt erhöht, d.h. der Anteil der Rücklagen an der Summe aus Rücklagen und Verbindlichkeiten ist von 2010 auf 2014 angestiegen.

Beide Kennzahlen lagen somit im Jahr 2014 auf einem besseren Niveau als 2010.

Die Ergebnisse der Analyse sind in der Beilage 1 im Detail dargestellt.

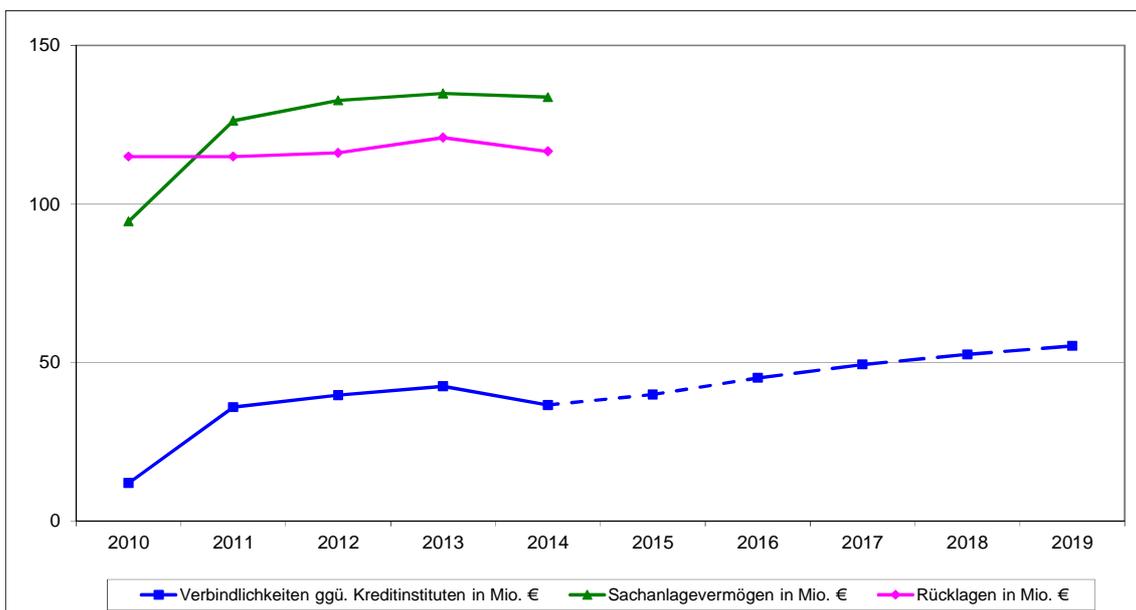
c) Entwicklung der Kennzahlen zur Finanzlage

Wie bereits oben angesprochen, liegt kein konsolidierter Gesamtabschluss für den Konzern Stadt Bamberg vor. Die hier zu analysierenden Cash-Flow-Kennzahlen können daher lediglich auf Ebene der einzelnen Unternehmen betrachtet werden.

3.3.3 Ebene der einzelnen Unternehmen

a) Stadtwerke

Entwicklung der Vermögenslage



Das Sachanlagevermögen der Stadtwerke (ohne die Sonderposten für Zuschüsse) stieg von ca. 94 Mio. € in 2010 auf ca. 134 Mio. € in 2014. Die Rücklagen stiegen von ca. 115 Mio. € im Jahr 2010 auf ca. 121 Mio. € in 2013. Für 2014 ergab sich einleichter Rückgang auf ca. 117 Mio. €.

Die Verbindlichkeiten der Stadtwerke gegenüber Kreditinstituten stiegen von ca. 11,9 Mio. € im Jahr 2010 auf ca. 42,5 Mio. € in 2013. Im Jahre 2014 gingen die Verbindlichkeiten auf ca. 36,6 Mio. € zurück.

Der Anstieg der Verbindlichkeiten von 2010 auf 2011 um ca. 24 Mio. € wird häufig mit dem Bau des neuen Hallenbades in Verbindung gebracht. Hierbei wird jedoch meist folgender Zusammenhang übersehen: Bereits im Jahr 2005 wurde - im Zusammenhang mit dem Abschluss des Ergebnisabführungsvertrages - eine Finanzierungsvereinbarung zwischen der Stadt und den Stadtwerken geschlossen. Auf deren Basis wurden in den Jahren 2005 bis 2009 aus den Jahresüberschüssen der STWB jährlich Zuführungen in die Rücklagen der STWB geleistet. Mit Ausnahme der an die Stadt jeweils abgeführten 2,5 Mio. € p.a. verblieben die Jahresüberschüsse somit in den Stadtwerken. Gemäß Stadtratsbeschluss zum Neubau des Hallenbades vom 25.07.2007 wurden die Gewinnrücklagen der Stadtwerke der Jahre 2006 bis 2009 dem Hallenbadneubau gewidmet. Folglich wurden die entsprechenden Beträge bilanziell als Zuschuss abgebildet. Liquiditätsmäßig ergibt sich jedoch eine andere Betrachtungsweise. Da die Mittel für den Neubau des Hallenbades erst in den Jahren 2009 bis 2011 benötigt wurden, wurden die in den Vorjahren gebildeten Rücklagen - entsprechend einer vernünftigen kaufmännischen Handlungsweise - zunächst für die unmittelbar anstehenden Investitionen herangezogen wurden (z.B. Sanierung und Neubau Tiefgaragen, Errichtung des Kundenzentrums am ZOB, Modernisierung der Busflotte). Unwirtschaftlich wäre es gewesen, die zur Verfügung stehenden Mittel bis zum Neubau des Hallenbades anzusparen und gleichzeitig Kredite zur Finanzierung von unmittelbar anstehenden Investitionen aufzunehmen, da sich aus der Differenz zwischen den beiden Zinssätzen ein wirtschaftlicher Nachteil für die Stadtwerke ergeben hätte. Jedoch wäre bei einer solchen Vorgehensweise der Kreditbedarf nicht sprunghaft angestiegen, sondern hätte sich sukzessive über einen längeren Zeitraum aufgebaut. Im Ergebnis wurden den Stadtwerken über die Finanzierungsvereinbarung und entsprechende Fördergelder ca. 15 Mio. € zur Finanzierung des Hallenbadneubaus zur Verfügung gestellt.

Die Kreditaufnahme der Stadtwerke ist somit nicht allein dem Bau des Bambados geschuldet, sondern dem umfangreichen Investitionsprogramm, welches die Stadtwerke in den letzten 10 Jahren umgesetzt haben. Durch dieses Investitionsprogramm konnte der bestehende Investitionsstau beseitigt und die Infrastruktur der Stadt Bamberg nachhaltig verbessert werden. Im Einzelnen sind hierbei zu nennen:

- Neubau und Modernisierung der drei Umspannwerke Nord, Süd und Mitte (Strom)
- Errichtung von elf Photovoltaikanlagen, drei Windparks und vier Blockheizkraftwerken mit ca. 2,5 MW Leistung
- Modernisierung des Gasnetzes und merkliche Reduzierung der Leckstellen
- Ausbau des Fernwärmenetzes in der Königsstraße, Erba- und Schaefflergelände inkl. Neuerrichtung von drei Kesseln im Spitzenheizkraftwerk am Weidendamm
- Modernisierung der gesamten Bäderlandschaft mit Bambados, Stadionbad, Hainbad und Gaustädter Bad
- Modernisierung der gesamten Busflotte einschließlich Busbeschleunigung, Werkstätten und Infrastruktur (Zentraler Omnibus Bahnhof, Haltestellen, Fahrkartenverkauf)
- Ausbau des Bahnhofsumfelds: Bau der P+R-Anlage, des Radhauses und des Bahnhofstunnels
- Sanierung der Tiefgaragen (Schützenstraße, Georgendamm) und Neubau Tiefgarage Luitpoldeck
- Errichtung des zentralen Kundencenters am ZOB als Anlaufstelle für alle Kunden aller Sparten
- Ausbau der Glasfaser-Infrastruktur für schnelles Internet (FTTx)
- Erneuerung der Wasserversorgungs-Infrastruktur (Wasser 2025 – Neubau von Wasserwerk und Hochbehältern sowie Zuleitungen)

Von Anfang 2010 bis Ende 2014 wurden von den Stadtwerken Investitionen in die Infrastruktur der Stadt Bamberg in Höhe von rund 108 Millionen Euro getätigt. Dies entspricht einem durchschnittlichen Investitionsvolumen von ca. 21,6 Mio. Euro pro Jahr. Demgegenüber stiegen die Verbindlichkeiten im Zeitraum von 2010 bis 2014 lediglich um ca. 24,7 Mio. € an.

Die bereinigte Eigenkapitalquote im Konzern Stadtwerke Bamberg stieg von 41,0% im Jahr 2013 auf 45,5% im Jahr 2014 an. Damit stehen die Stadtwerke Bamberg im oberen Bereich vergleichbarer Stadtwerke anderer Städte (Benchmark).

Der Verschuldungsgrad (Kennzahl 1) stieg von 13% im Jahre 2010 zunächst auf 32% im Jahre 2013 an, bevor er im Jahre 2014 auf 27% zurückging. Kennzahl 2 (Rücklagenquote) ging von 91% im Jahre 2010 auf 74% in 2013 zurück, stieg jedoch in 2014 auf 76% an. Somit sind aktuell ein Rückgang des „Verschuldungsgrades“ sowie ein Anstieg der „Rücklagenquote“ der Stadtwerke zu verzeichnen.

Darüber hinaus ist zu erwähnen, dass die hier analysierten Kennzahlen 1 und 2 in Bezug auf die Stadtwerke günstiger liegen als im Durchschnitt der privatrechtlichen Beteiligungsunternehmen des Konzerns Stadt, d.h. der Verschuldungsgrad liegt unterhalb und die Rücklagenquote oberhalb der entsprechenden Durchschnittswerte.

Fazit: Die Investitionen erfolgten und erfolgen ausnahmslos in satzungsgemäßen Aufgabebereichen der Stadtwerke und sind unverzichtbare Voraussetzung für die Sicherung und Weiterentwicklung des Wohn-, Industrie-, Gewerbe- und Handelsstandorts Bamberg. Sie erfolgen flächendeckend und in allen Sparten und Aufgaben. Die Finanzierung konnte zum weit überwiegenden Teil aus Eigenmitteln realisiert werden. Soweit Darlehensaufnahmen notwendig waren, steht diesen neu geschaffenes Anlagevermögen zur Erhaltung und Verbesserung der Infrastruktur Bambergs gegenüber.

Entwicklung der Finanzlage

Der Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit lag im Jahr 2014 mit ca. 12 Mio. € auf einem ähnlichen Niveau wie im Jahr 2010. Aufgrund der hohen Investitionen der STWB sind die Cash Flows aus der Investitionstätigkeit von 2010 auf 2011 angestiegen und erreichten in diesem Jahr ihren Höhepunkt mit ca. - 45,6 Mio. €. Nach Beseitigung des vormaligen Investitionsstaus war ein sukzessiver Rückgang auf ca. - 10 Mio. € im Jahr 2014 zu verzeichnen. Auch die Cash Flows aus der Finanzierungstätigkeit erreichten mit ca. 25,1 Mio. € in 2011 ihr Maximum und gingen danach stark zurück. In diesen Verläufen bilden sich die hohe Investitionstätigkeit der Stadtwerke und die erforderliche Kreditaufnahme in den letzten Jahren entsprechend ab. Im Jahr 2014 war sogar ein negativer Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit zu verzeichnen. Dies bedeutet, dass die STWB in größerem Umfang Tilgungen vornehmen konnten. Dies spiegelt sich auch im Rückgang von Vermögenskennzahl 1 wider.

Der dynamische Verschuldungsgrad stieg im Jahr 2011 auf 2,9 an, ging danach zurück und liegt nach einem leichten Anstieg in 2014 bei 3,1. Dies bedeutet, dass die Stadtwerke - rein rechnerisch - ihre Schulden innerhalb von ca. 3 Jahren aus ihrem Cash Flow begleichen könnten.

b) Sozialstiftung

Die Verbindlichkeiten der SSB sind im Vergleich zu ihrem Sachanlagevermögen bzw. ihren Rücklagen so gut wie vernachlässigbar. Kennzahl 1 ging von 4% im Jahr 2010 auf aktuell unter 1% zurück, Kennzahl 2 stieg im gleichen Zeitraum von 98% auf nahezu 100% in 2014.

Bei der SSB sind die Cash Flows aus der laufenden Geschäftstätigkeit, nach einem vorübergehenden Rückgang in den Jahren 2011 und 2012 auf ca. 17 bis 18 Mio. € in 2013 und 2014 angestiegen. Die Cash Flows aus der Investitionstätigkeit zeigen einen Rückgang in den Jahren 2012 und 2013, bevor sie mit ca. - 21 Mio. € im Jahr 2014 wieder auf das Niveau der Jahre 2010/2011 zurückkehren. Zurückzuführen ist dies auf die unterschiedlich hohen Investitionen für die einzelnen Bauabschnitte im Klinikum am Bruderwald. Die Cash Flows aus der Finanzierungstätigkeit schwanken analog zur Investitionstätigkeit, liegen jedoch auf einem deutlich niedrigeren Niveau, was für eine starke Innenfinanzierungskraft der SSB spricht.

Da die SSB so gut wie keine Schulden hat, liegt der dynamische Verschuldungsgrad nahezu bei Null.

Fazit: Die Sozialstiftung konnte Investitionen im zweistelligen Millionenbereich (z.B. Bauabschnitte 1 bis 3 Klinikum am Bruderwald, Sanierung Altenburgblick) bei gleichzeitigem Abbau von Schulden finanzieren.

c) EBB

Kennzahl 1 (Verschuldungsgrad) ging von 77% im Jahre 2010 auf 67% im Jahre 2013 zurück, bevor sie in 2014 auf 73% anstieg. Die Rücklagenquote (Kennzahl 2) hat sich von 18% im Jahre 2010 auf 23% im Jahr 2013 gesteigert und ging in 2014 leicht auf 22% zurück. Die Entwicklung im Jahr 2014 ist durch Ankauf des STEW-Gesellschaftsanteils durch den EBB verzerrt. Ohne diesen Sondereffekt hätte sich die Entwicklung der Vorjahre tendenziell fortgesetzt. Der Verschuldungsgrad wäre knapp unter 67% gesunken und die Rücklagenquote auf 24% angestiegen. Bemerkenswert ist die Entwicklung der Cash Flows aus der Finanzierungstätigkeit in den Jahren 2012 und 2013 mit insgesamt mehr als - 20 Mio. €. Dies ist darauf zurückzuführen, dass in diesen Jahren Kredite getilgt und die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten entsprechend abgebaut werden konnten.

Fazit: Bei den Verbindlichkeiten des EBB handelt es sich ausschließlich um rentierliche (da gebührenfinanzierte) Schulden, die der Durchführung von Investitionsmaßnahmen in die Infrastruktur der Stadt Bamberg dienen.

d) Stadtbau

Kennzahl 1 (Verschuldungsgrad) befindet sich mit 78% im Jahr 2014 unterhalb des Niveaus von 2010 (81%), d.h. der Anteil der Verbindlichkeiten am Sachanlagevermögen ist entsprechend niedriger. Nach der Großinvestition Bamberg-Mitte in den Jahren 2008 bis 2010 war in den Jahren 2011 bis 2013 ein Rückgang des Verschuldungsgrades zu verzeichnen. Die Investitionen und die entsprechende Finanzierung in den Jahren 2013 und 2014 (u.a. Neubau Erba, energetische Sanierung Gereuth, Baskidhall) bedingten zwar einen leichten Anstieg, das Niveau des Jahres 2010 wurde jedoch nicht erreicht. Kennzahl 2 ist entsprechend von 23% im Jahre 2010 auf 26% im Jahr 2012 angestiegen und in 2014 auf 24% zurückgegangen.

Bei der Analyse dieser Werte ist zu beachten, dass das hier zugrunde gelegte bilanzielle Sachanlagevermögen den reinen Buchwert der Immobilien der Stadtbau darstellt. Der Marktwert der Immobilien könnte durchaus höher liegen, was zu einem niedrigeren Wert von Kennzahl 1 führen würde. Hier sind stille Reserven vorhanden, die jedoch nicht quantifiziert werden können.

Branchenbedingt weist die Rechnungslegung der Wohnungswirtschaft einige Besonderheiten auf, die sich auch auf die Analyse der Finanzlage der Stadtbau auswirken. So gehen beispielsweise zum Verkauf bestimmte Grundstücke in das Umlaufvermögen und auch in die Gewinn- und Verlustrechnung ein, sind also erfolgswirksam. Dies verzerrt die Kapitalflussrechnung nach DRS2. Daher wurde im Falle der Stadtbau auf die Definition des Cash Flows nach DVFA/SG (d.h. gemäß Empfehlung der Deutschen Vereinigung für Finanzanalyse und Asset Management (DVFA) und der Schmalenbach-Gesellschaft (SG)) zurückgegriffen.

Die Cash Flows der Stadtbau stiegen in den Jahren 2011 und 2012 auf Werte von jeweils knapp 4 Mio. € an. Im Jahr 2014 war ein Rückgang auf ca. 2,5 Mio. € zu verzeichnen, der jedoch immer noch deutlich über dem Wert des Jahres 2010 liegt.

Der dynamische Verschuldungsgrad zeigte in 2010 einen Wert von 54,5, sank dann im Jahr 2012 auf 20,8 und stieg im Jahr 2014 auf 35,2. Die Stadtbau würde somit rein rechnerisch ca. 35 Jahre benötigen, um ihre Schulden aus ihrem Cash Flow zu begleichen. Dieser auf den ersten Blick relativ hohe Wert ist jedoch auch der langfristigen Finanzierung im Immobilienbereich geschuldet. Darüber hinaus ist zu beachten, dass sich diese Kennzahl rein vergangenheitsorientiert darstellt, d.h. sie bildet über die Verbindlichkeiten zwar die getätigten Ausgaben ab, jedoch nicht die künftigen Einnahmen, die aus den entsprechenden Investitionen in aller Regel resultieren (z.B. künftige Miet- oder Verkaufserlöse aus der Vermarktung neu errichteter Wohnungen). Unter Berücksichtigung dieses Effekts dürfte sich der dynamische Verschuldungsgrad entsprechend niedriger darstellen.

Fazit: Auch im Falle der Stadtbau gilt somit, dass die Entwicklung der Verschuldung durch Investition in die Infrastruktur (insbes. den Neubau und die energetische Sanierung von Wohnungen) bedingt ist.

e) Arena GmbH

Die Bamberg Arena GmbH war bis 2014 nicht durch externe Verbindlichkeiten belastet, daher lag Kennzahl 1 bei 0% und Kennzahl 2 bei 100%. Durch den Stadtratsbeschluss vom 24.07.2013 (Abschluss des Namensrechtsvertrags mit der Firma Brose und Investitionsmaßnahmen zur Zukunftssicherung) wurde die Arena GmbH zu einer Kreditaufnahme von bis zu 2,470 Mio. € ermächtigt. Nach einer entsprechenden Zwischenfinanzierung bis zum Abschluss der Investitionsmaßnahmen erfolgte die externe Darlehensaufnahme im Jahre 2015. Auch hier dient die Kreditaufnahme der Finanzierung von Investitionen in die Infrastruktur.

Die Investitionsmaßnahmen zur Zukunftssicherung spiegeln sich auch in den Werten für die Cash Flows aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit in den Jahren 2013 und 2014 wider. Die entsprechenden Cash Flows im Jahr 2010 waren durch den damaligen Erwerb der Arena bedingt. Da die Arena GmbH in den Jahren bis 2014 keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten besaß, lag der dynamische Verschuldungsgrad jeweils bei Null.

Fazit: Die Darlehensaufnahme gemäß Stadtratsbeschluss vom 24.07.2013 dient der Finanzierung von Investitionsmaßnahmen zur Aufwertung und Zukunftssicherung der Arena.

3.4 Fazit

Die Verschuldung der städtischen Unternehmen steht in direktem Zusammenhang mit deren originärer Aufgabenerfüllung und entsprechenden Investitionen in die Infrastruktur Bambergs. Die Aufnahme von Krediten geht im Regelfall mit einer entsprechenden Schaffung von Sachanlagevermögen einher. Entscheidend ist somit nicht der Absolutbetrag der Verbindlichkeiten, sondern das Verhältnis der Verbindlichkeiten zum geschaffenen Sachanlagevermögen und damit zum Umfang der kommunalen Aufgabenerfüllung. Die ergänzend analysierten Kennzahlen zur Entwicklung der Finanzlage spiegeln die entsprechende Investitions- und Finanzierungstätigkeit wider und zeigen, dass die Unternehmen in der Lage waren, den Schuldendienst nachhaltig zu bedienen. Es liegen keine Anhaltspunkte dafür vor, dass sich dies in Zukunft anders darstellen sollte. Auch die ermittelten dynamischen Verschuldungsgrade der Unternehmen liegen insgesamt betrachtet auf relativ niedrigem Niveau. Somit ergibt sich im Hinblick auf die Gesamteinschätzung gegenüber der Analyse aus dem Jahr 2013 keine wesentliche Änderung.

Anlagen:

Beilage 1

Übersichten zu Schulden und Rücklagen

Beilage 2

Antrag der FW-Fraktion vom 30.09.2015

Stadt (KernHh) in T€	Ist					Plan				
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Schulden	31.898	30.972	30.112	30.044	29.409	29.442	29.167	33.787	38.333	41.981
Rücklagen	16.037	9.935	7.913	9.756	12.143	9.836	4.742	-	-	-

*

ZV Gymnasien in T€	Ist					Plan				
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Schulden	9.780	10.275	11.067	12.361	12.821	16.266	29.727	33.642	34.738	33.921
Rücklagen	1.531	1.530	1.428	1.303	1.817	1.578	1.278	-	-	-

*

* zu den Jahren 2017 bis 2019 kann keine Aussage getroffen werden, da der Stand der Rücklage vom Rechnungsergebnis des jeweiligen Vorjahres abhängig ist

Summe Beteiligungen in T€	Ist						Plan			
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Eigenkapital	165.998	179.477	186.751	199.810	207.971					
Sonderposten Zuschüsse (SoPo)	61.382	72.326	75.577	80.686	77.397					
Rückstellungen	62.535	60.870	56.529	56.377	57.263					
Summe ("Rücklagen")	289.915	312.673	318.857	336.873	342.631					
Summe ("Rücklagen" ohne SoPo)	228.533	240.347	243.280	256.187	265.234					
Externe Verbindlichkeiten (alle betrachteten Unt.)	211.771	235.617	225.788	227.363	233.850	262.251				
Externe Verbindlichkeiten (Unt. mit Planung bis 2018)	126.711	153.837	143.744	143.271	145.152	153.691	161.771	167.121	172.545	
Sachanlagevermögen (ohne Abzug von SoPo)	443.628	491.272	504.055	514.225						
Sachanlagevermögen (nach Abzug von SoPo) (fiktiv)	382.246	418.946	428.478	433.539	432.132					
Verschuldungsgrad/Vermögenskennzahl 1 (inkl. SoPo)	48%	48%	45%	44%						
Verschuldungsgrad/Vermögenskennzahl 1 (ohne SoPo)	55%	56%	53%	52%	54%					
Rücklagenquote/Vermögenskennzahl 2 (inkl. SoPo)	58%	57%	59%	60%						
Rücklagenquote/Vermögenskennzahl 2 (ohne SoPo)	52%	50%	52%	53%	53%					

STWB (Konzern) in T€	Ist					Plan				
	2010	2011	2012	2013	2014*	2015	2016	2017	2018	2019
Eigenkapital	94.061	95.677	96.381	99.740	99.503					
Sonderposten Zuschüsse (SoPo)	10.415	13.258	15.575	15.701	0					
Rückstellungen	20.813	19.182	19.703	21.148	17.018					
Summe ("Rücklagen" inkl. SoPo)	125.289	128.117	131.659	136.589						
Summe ("Rücklagen" ohne SoPo)	114.874	114.859	116.084	120.888	116.521					
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	11.944	35.913	39.667	42.486	36.571	39.883	45.108	49.320	52.519	55.204
Tilgungen laut WiPlan Kreditermächtigung laut WiPlan						688	775	788	801	815
Sachanlagevermögen (ohne Abzug von SoPo)	104.854	139.479	148.172	150.518		4.000	6.000	5.000	4.000	3.500
Sachanlagevermögen (nach Abzug von SoPo) (fiktiv)	94.439	126.221	132.597	134.817	133.623					
Verschuldungsgrad/Vermögenskennzahl 1 (inkl. SoPo)	11%	26%	27%	28%						
Verschuldungsgrad/Vermögenskennzahl 1 (ohne SoPo)	13%	28%	30%	32%	27%					
Rücklagenquote/Vermögenskennzahl 2 (inkl. SoPo)	91%	78%	77%	76%						
Rücklagenquote/Vermögenskennzahl 2 (ohne SoPo)	91%	76%	75%	74%	76%					

* Änderung Bilanzierung Zuschüsse (passivierter Sonderposten) im Jahr 2014

Kapitalflussrechnung	Ist				
	2010	2011	2012	2013	2014
Werte in T€					
Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	12.993	12.340	19.008	20.752	11.668
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-19.387	-45.647	-20.475	-13.627	-9.568
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	7.839	25.061	-284	1.590	-12.513
Finanzmittelfonds am Periodenende (Liquide Mittel)	10.215	1.969	912	9.627	1.614
Dynamischer Verschuldungsgrad (Ext. Verb. / CF)	0,9	2,9	2,1	2,0	3,1

SSB (Konzern) in T€	Ist					Plan				
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Eigenkapital	31.467	40.571	44.708	50.807	60.693					
Sonderposten Zuschüsse	26.269	33.618	34.761	39.980	51.582					
Rückstellungen	28.538	27.324	23.278	22.783	25.811					
Summe ("Rücklagen")	86.274	101.513	102.747	113.570	138.086					
Summe ("Rücklagen" ohne SoPo)	60.005	67.895	67.986	73.590	86.504					
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	1.075	674	358	147	32	1.017				
Tilgungen laut WiPlan Kreditermächtigung laut WiPlan						15				1.000
Sachanlagevermögen (ohne Abzug von SoPo)	56.464	67.468	71.093	71.416	81.623					
Sachanlagevermögen (nach Abzug von SoPo) (fiktiv)	30.195	33.850	36.332	31.436	30.041					
Verschuldungsgrad/Vermögenskennzahl 1 (inkl. SoPo)	2%	1%	1%	0%	0%					
Verschuldungsgrad/Vermögenskennzahl 1 (ohne SoPo)	4%	2%	1%	0%	0%					
Rücklagenquote/Vermögenskennzahl 2 (inkl. SoPo)	99%	99%	100%	100%	100%					
Rücklagenquote/Vermögenskennzahl 2 (ohne SoPo)	98%	99%	99%	100%	100%					

Kapitalflussrechnung	Ist				
	2010	2011	2012	2013	2014
Werte in T€					
Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	13.426	6.032	1.937	17.982	17.098
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-25.508	-21.943	-12.851	-10.768	-20.703
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	10.783	12.740	6.703	5.798	13.488
Finanzmittelfonds am Periodenende (Liquide Mittel)	9.605	6.346	2.134	15.146	25.029
Dynamischer Verschuldungsgrad (Ext. Verb. / CF)	0,1	0,1	0,2	0,0	0,0

EBB in T€	Ist						Plan			
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Eigenkapital	15.949	17.603	18.291	21.073	19.239					
Sonderposten Zuschüsse	10.575	10.225	9.877	9.693	9.352					
Rückstellungen	9.601	10.284	9.729	9.474	11.595					
Summe ("Rücklagen")	36.125	38.112	37.897	40.240	40.186					
Summe ("Rücklagen" ohne SoPo)	25.550	27.887	28.020	30.547	30.834					
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	114.767	117.924	104.077	100.785	108.581	113.808	116.663	117.801	120.026	
Tilgungen laut WiPlan Kreditermächtigung laut WiPlan						12.865	8.439	9.116	9.350	
Sachanlagevermögen	160.081	162.348	161.892	160.229	158.424	18.092	11.294	10.254	11.575	
Sachanlagevermögen (nach Abzug von SoPo) (fiktiv)	149.506	152.123	152.015	150.536	149.072					
Verschuldungsgrad/Vermögenskennzahl 1 (inkl. SoPo)	72%	73%	64%	63%	69%					
Verschuldungsgrad/Vermögenskennzahl 1 (ohne SoPo)	77%	78%	68%	67%	73%					
Rücklagenquote/Vermögenskennzahl 2 (inkl. SoPo)	24%	24%	27%	29%	27%					
Rücklagenquote/Vermögenskennzahl 2 (ohne SoPo)	18%	19%	21%	23%	22%					

Kapitalflussrechnung	Ist				
	2010	2011	2012	2013	2014
Werte in T€					
Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	5.923	8.359	19.679	10.994	5.982
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-7.396	-9.648	-6.877	-5.455	-14.675
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	2.093	1.814	-15.005	-5.540	11.274
Finanzmittelfonds am Periodenende (Liquide Mittel)	1.679	2.204	1	0	2.581
Dynamischer Verschuldungsgrad (Ext. Verb. / CF)	19,4	14,1	5,3	9,2	18,2

Arena GmbH in T€	Ist					Plan				
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Eigenkapital	3.059	3.069	3.062	2.666	2.708					
Sonderposten Zuschüsse	0	0	0	0	717					
Rückstellungen	6	7	7	13	11					
Summe ("Rücklagen")	3.065	3.076	3.069	2.679	3.436					
Summe ("Rücklagen" ohne SoPo)	3.065	3.076	3.069	2.679	2.719					
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	0	0	0	0	0	2.277				
Tilgungen laut WiPlan Kreditermächtigung laut WiPlan*						193				
						2.470				
Sachanlagevermögen	4.217	4.222	4.155	4.906	5.893					
Sachanlagevermögen (nach Abzug von SoPo) (fiktiv)	4.217	4.222	4.155	4.906	5.176					
Verschuldungsgrad/Vermögenskennzahl 1 (inkl. SoPo)	0%	0%	0%	0%	0%					
Verschuldungsgrad/Vermögenskennzahl 1 (ohne SoPo)	0%	0%	0%	0%	0%					
Rücklagenquote/Vermögenskennzahl 2 (inkl. SoPo)	100%	100%	100%	100%	100%					
Rücklagenquote/Vermögenskennzahl 2 (ohne SoPo)	100%	100%	100%	100%	100%					

* Investitionen zur Zukunftssicherung Arena gemäß Stadtratsbeschluss vom 24.07.2013; nach Zwischenfinanzierung Umschuldung in 2015

Kapitalflussrechnung	Ist				
	2010	2011	2012	2013	2014
Werte in T€					
Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	170	-43	39	108	-54
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-4.266	-119	-55	-1.111	-1.215
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	4.350	0	0	950	1.386
Finanzmittelfonds am Periodenende (Liquide Mittel)	254	91	75	22	140
Dynamischer Verschuldungsgrad (Ext. Verb. / CF)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0



Stadtratsfraktion FREIE WÄHLER Bamberg

Hans-Jürgen Eichfelder | Dr. Ursula Redler | Herbert Lauer
Dieter Weinsheimer | Wolfgang Wußmann

FREIE WÄHLER-Fraktion im Bamberger Stadtrat

An den
Oberbürgermeister der Stadt Bamberg
Herrn Andreas Starke

Rathaus Maxplatz
96047 Bamberg

Fraktionsbüro (nur Montagabend)
Grüner Markt 7
96047 Bamberg
Telefon und Telefax: 0951/203370
hier: Dieter Weinsheimer, Vorsitzender
Oberer Stephansberg 42 b
Tel. 0951/ 12 9 15
ePost: weinsheimer@bnv-bamberg.de
www.fw-bamberg.de

Bamberg, 30.09.2015

Leistungsfähigkeit des „Konzerns Stadt Bamberg“; hier: Antrag

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

nach unseren Vorinformationen muss die Stadt Bamberg mit einem beträchtlichen Verschuldungsanstieg ab dem Haushaltsjahr 2016 rechnen. Darüber gibt aber erfahrungsgemäß der reguläre Stadthaushalt nur noch sehr begrenzt Auskunft. Deshalb möchten wir zu den üblichen Haushaltsberatungen im November des Jahres im Rahmen einer Gesamtbilanz Einzelinformationen über den Schuldenstand aller zum „Konzern Stadt Bamberg“ gehörenden Einrichtungen. Dazu gehört unseres Erachtens die Bekanntgabe der

- Entwicklung der **Gesamtverschuldung** sowie
- aller **Rücklagen bzw. liquide Mittel des „Konzerns“ Stadt Bamberg** (bedeutet alle städtischen Kommunalunternehmen, Eigenbetriebe, Beteiligungen sowie der Sozialstiftung) und
- der ab dem Haushaltsjahr 2016 geplanten **Schuldenaufnahme für der Erwerb der Konversionsimmobilien.**

in den Jahren 2010 bis 2015 sowie gemäß der Finanzplanung für die Jahre 2016 bis 2019. Dabei sind unrentierliche und rentierliche Schulden zu unterscheiden; das gilt insbesondere für gebühren- und beitragsfinanzierte Objekte.

Die Gesamtübersicht dient dazu, dass Stadtrat, Medien, Bürgerinnen und Bürger informiert werden und sich bewusst machen, was sich die Stadt Bamberg in der Vergangenheit geleistet hat bzw. in Zukunft noch wird leisten können.

Was sich der „Konzern Stadt“ in Zukunft noch wird leisten können, hängt naturgemäß wesentlich von den voraussichtlichen Einnahmen ab. Deshalb wollen wir auch wissen, wie die dauerhafte Leistungsfähigkeit des Konzerns Stadt Bamberg zu beurteilen ist.

Namens der Stadtratsfraktion der Freie Wähler Bamberg **beantrage ich**

1. die oben beschriebene **Gesamtübersicht in die öffentlichen Vorberatungen des Finanzsenates einzubringen. Wir erwarten eine genaue Zuordnung, wer (Stadt, EBB, Sozialstiftung, Stadtwerke usw. sowie Zweckverbände) welche Schulden bzw. Rücklagen (liquide Mittel) aufweist.**

2. Im Genehmigungsschreiben der Regierung von Oberfranken zur Haushaltssatzung der Stadt Bamberg für 2015 wird auf S. 8 eine Grafik gezeigt. **Wie wird das bereinigte Ergebnis des Zuführungsbetrages zwischen Haushaltsansatz und Rechnungsergebnis für die Jahre 2016 bis 2019 gesehen? Wie hoch ist die freie Spanne?**
3. **Wie ist vor dem Hintergrund der bereits bestehenden Verpflichtungen und der zu erwartenden Einnahmen die dauerhafte Leistungsfähigkeit (heißt die „bereinigten Zahlungsergebnisse“ bei den doppisch bilanzierenden Konzerntöchtern und Zweckverbänden) der Stadt Bamberg (Stadt plus ihre „Töchter“) zu beurteilen.**

Unsere Fraktion legt Wert darauf, dass die Beantwortung dieses Anträge vom erstverantwortlichen für die Stadtfinanzen, Herrn Finanzreferent Bertram Felix, vorgenommen wird.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Dieter Weinsheimer', with a long horizontal stroke extending to the right.

Dieter Weinsheimer
Vorsitzender der FW-Stadtratsfraktion